

---

# Tschernobyl – eine Systemfrage?

Am 14.4.1984 fiel im Kernkraftwerk Bugey bei Lyon die Stromspannung derart ab, daß das Kühlsystem nicht mehr richtig funktionierte, und auch eines der zwei Notstromaggregate fiel aus, so daß es fast zum Schmelzen des Reaktorkerns gekommen wäre, wie in Harrisbourg oder in Tschernobyl.

Am 29.11.1985 entwichen in einem britischen Kernreaktor 8 Tonnen radioaktives Gas in die Atmosphäre. Am 31.3.1986 geschah derselbe Unfall bei einem andern britischen Kernkraftwerk.

Am 4. Mai 1986 entwich radioaktiver Graphitstaub aus dem Thorium-Hochdrucktemperaturreaktor von Hamm-Uentrop in Nordrhein-Westfalen und in den folgenden Tagen wurde eine radioaktive Bodenbelastung von 50000 Becquerel pro m<sup>2</sup> gemessen.

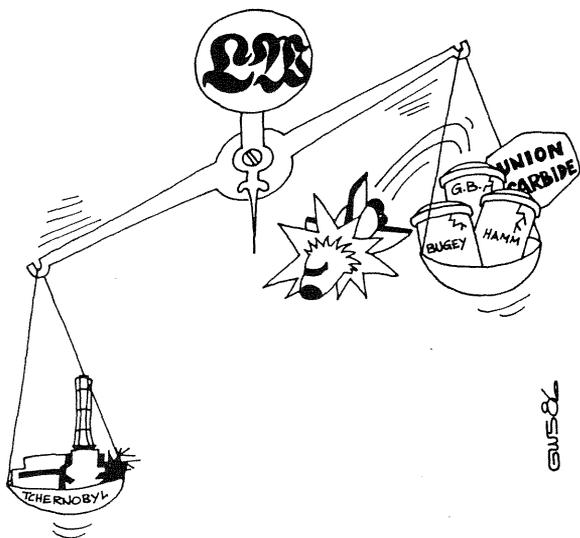
## Die Freiheit der Information

Wußten Sie von diesen Unfällen? ich meine, zu den genannten Zeitpunkten oder kurz nachdem sie passiert waren? Wohl kaum, denn die beiden britischen Reaktorunfälle wurden erst nach der Tschernobyl-Katastrophe in der Presse bekannt (1), der Unglücksfall von Bugey wurde wohl schon damals in der Fachpresse kommentiert, aber auch erst jetzt der großen Öffentlichkeit mitgeteilt (2), und beim Zwischenfall in Hamm-Uentrop versuchte die Werkleitung die erhöhte Radioaktivität in der Umgebung auf die wenige Tage zuvor passierte Katastrophe von Tschernobyl zu verbuchen und verschwieg ihn sogar gegenüber der am 7. Mai zu einer routinemäßigen Überprüfung angereisten Regierungskommission

(3). Selbst in Harrisbourg hatte die Betreiberfirma einen Tag lang die radioaktive Kontamination einiger Mitarbeiter zu verheimlichen versucht.

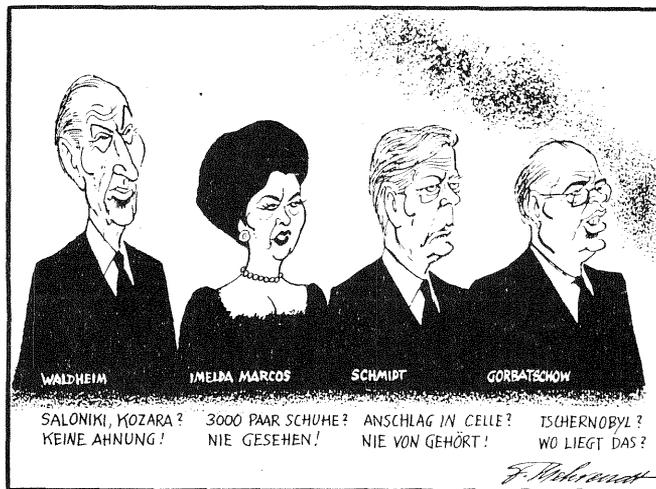
Die Liste solcher Vertuschungen von Unfällen, die die öffentliche Gesundheit (fast) aufs Spiel gesetzt haben, ließe sich beliebig fortsetzen. Nimmt man auch noch Beispiele aus dem militärischen Bereich hinzu, deren Folgen für die Zivilbevölkerung keineswegs geringer wären, kann einem wahrlich Angst werden, auch ohne daß der Ausbruch des 3. Weltkriegs vor der Tür stünde. 1961 kam es in den USA zu einem Unfall mit einer A-Bombe, bei dem 6 der 7 Sicherungen ihren Dienst versagten und erst die allerletzte die Katastrophe verhindert hat. Erst 1983 verriet der ehemalige US-Verteidigungsminister McNamara diese Schreckensnachricht(4).

Alle bisher genannten Beispiele von Nachrichtenunterschlagung sind wohlgemerkt im Westen geschehen. Und doch gibt es in der westlichen Presse – für die folgende Zitate wirklich nur Beispiele sind, die für zig andere Presseorgane stehen – die Behauptung, die "Desinformationstaktik" (er, in: LW, 13.5.86) sei allein auf das Konto des sowjetischen, menschenverachtenden Systems zu buchen: "Es wird alles unternommen, um die Auswirkungen des außer Kontrolle geratenen Reaktors vor den Augen der Weltöffentlichkeit zu verbergen" (er, in: LW, 6.5.86). "Bild" verstieg sich gar zur Behauptung, es habe 2000 Tote in Tschernobyl gegeben, und diese absolut unwahrscheinliche Falschmeldung (weil der Strahlentod erst nach Tagen, Wochen, gar Monaten und Jahren eintritt) wurde eifrig von den seriösesten Presseorganen nachgeplappert. Das antikommunistische Feindbild hat einmal mehr voll funktioniert. Es fehlte nur noch die Schadenfreude; die Gefahren, die vom Unfall für die westliche Bevölkerung ausgingen, hat sie Gott sei Dank verhindert.



Natürlich sind die festgestellten Mängel in der westlichen Informationspolitik bei ähnlich gelagerten Fällen in kapitalistischen Reaktoren keine Entschuldigung für das skandalöse Herunterspielen der Katastrophe von Tschernobyl in der Sowjetpresse in den ersten 8 Tagen danach. Selbst die polnische Bruderpresse mußte sie ja Lügen strafen. Wer allerdings so grob übertreibt wie "Bild" im genannten Beispiel, der darf sich nicht über den Vorwurf antikommunistischer Propaganda wundern, da er ja selbst das Futter für solche peinliche Ablenkungsmanöver liefert.

Das Feindbilddenken hat die Presse denn auch völlig übersehen lassen, daß es gerade in puncto Information in der Sowjetunion in der Folge der



Gedächtnislücken

in: Weltwoche

Tschernobyl-Katastrophe einige wesentliche Neuerungen gegeben hat: Erstmals haben verantwortliche Parteifunktionäre öffentlich, z.T. sogar im kapitalistischen Ausland, zugegeben, daß es beim Reaktorunfall nicht nur eine technische Panne, sondern auch Pannen bei der Information gegeben hat. Stundenlang, wenn nicht tagelang wußten die Spitzenpolitiker in Moskau selbst nicht, was eigentlich in der Ukraine passiert war. Was hätten sie da dem Westen denn mitteilen sollen? Keine zwei Tage nach dem Unfall bat Moskau die Bundesrepublik und Schweden um Hilfe – ein noch nie dagewesenes Eingeständnis der eigenen technischen Unterlegenheit! –, aber was man eigentlich bei Kiew brauchte, wußte man auch in Moskau nicht. Dankbar nahmen die Sowjets die Hilfe des amerikanischen Knochenmarkspezialisten Dr. Gale entgegen. Sie zögerten keinen Augenblick, den Chef der Wiener Atomaufsichtsbehörde ins Land und mit den Fachleuten den Unfall erörtern zu lassen. Als sich dann die Lage zu klären begann, durften selbst die sowjetischen Medien über Mängel bei den Hilfsmaßnahmen berichten, die das anfängliche heroisch-idyllische Bild einer perfekten Katastrophenbewältigung arg ankratzten.

Im LW wurde in jenen Tagen (6. u. 13.5.86) zweimal Gorbatschows Versprechen vor dem 27. Parteitag der KPdSU zitiert, der – Lenin desavouierend! – die Notwendigkeit einer offenen, selbstkritischen Sprache bei Politikern und in der Presse betont hatte. Ich finde, er hat sein Versprechen gehalten, auch wenn damit selbstverständlich die westlichen Standards einer freien Presse keineswegs erreicht sind. Es sieht z.B. durchaus danach aus, als seien "Prawda" usw. erst kritischer in ihrer Berichterstattung geworden, als das entsprechende grüne Licht von oben kam, und auch der Informationsmangel zwischen Kiew und Moskau dürfte noch als typisch für ein verbürokratisiertes System gelten, das Fehler sich selbst am allerwenigsten eingestehen will. Aber hier hapert's wie gesehen ja auch manchmal mit der Freiheit der Berichterstattung (oder warum sonst ist "forum" notwendig?).

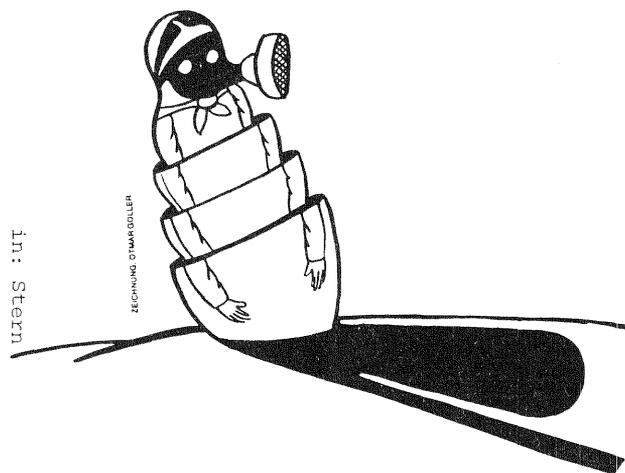
## Der Respekt vor den Menschen

Doch nicht nur die mangelhafte Information wurde dem sowjetischen System in die Schuhe geschoben, der Reaktorunfall selbst ist für Kommentatoren wie lz systembedingt: "... hier versagte nicht die Fähigkeit des Menschen, das Unglück abzuwenden, sondern sein Wille, einer Katastrophe durch entsprechende Sicherheitsvorkehrungen vorzubauen. (...)

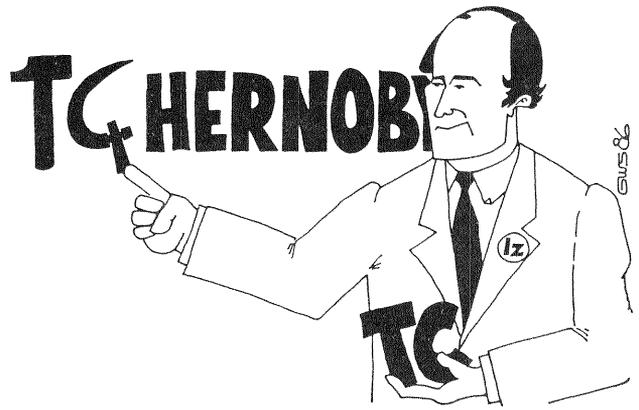
Der Sowjetunion Rücksichtslosigkeit gegenüber den eigenen Bürgern wie auch gegenüber dem Ausland nachweisen zu wollen, hieße nicht erst seit den Verfolgungen im eigenen Lande und dem Abschluß der südkoreanischen Verkehrsmaschine offene Türen aufstoßen" (LW, 2.5.86).

Inzwischen wurde ja auch dieses Argument als Vorurteil entlarvt, insofern festzustehen scheint, daß menschliches Versagen Schuld am Reaktorunfall ist. Und wer möchte behaupten, Sowjetbürger würden öfter versagen als Mitarbeiter eines kapitalistischen Betriebs? Doch auch unter diesen Umständen könnte man behaupten, wegen mangelhafter Sicherheitsvorkehrungen, seien die Auswirkungen im Ostblock verheerender als im Westen. Vor diesem Unfall hieß es aber gerade in Bezug auf Tschernobyl, der dortige Reaktortyp sei sicherer als manche andere in der UdSSR. In "Atomwirtschaft" (Dez. 1983), dem Fachblatt des Deutschen Atomforums, wurde darauf hingewiesen, daß hier kein Reaktor-druckbehälter nötig sei, da getrennte Druckröhren aus Stahl die einzelnen Brennelemente umschließen. Außerdem werde der Reaktor mit niedrig angereichertem Uran gefahren (max. 1,8% U 235 statt 3% in der BRD). Die Schlußfolgerung lautete, wie bei westlicher Technologie: "Die Verlässlichkeit des ganzen Systems ist sehr hoch" (5).

Auch hier fehlt es nicht an Beispielen, die die Gegenfrage erlauben: Ist "Union Carbide" etwa eine sowjetische Firma, daß sie ihre chemische Fabrik ohne ernsthaftige Sicherheitsvorkehrungen im fernen Indien aufbaute? Und die CASA: sie steht zwar in der Nähe der luxemburgischen Sowjetbotschaft, doch ihr Kapital gehört meines Wissens noch immer der ARBED. Es kann doch keinen Zweifel daran geben, daß auch im kapitalistischen Westen, die Sicherheitsvorkehrungen zugunsten von Mensch und Natur erst dann von den Firmenbesitzern eingebaut wurden (und werden), wenn der nötige öffentliche Druck ihnen keine andere Wahl läßt, und nicht etwa aus eigener Überzeugung. Wieviele Prozesse mußten in der BRD geführt werden, bis die KKW-Betreiber halbwegs annehmbare Sicherheitsnormen akzeptierten? Wieviele Tote hat es im 19. Jahrhundert in den Fabriken gegeben, bis Unternehmer bereit waren, Schutzvorkehrungen zu treffen? Allein das kommunistische System für den Unfall von Tschernobyl verantwortlich zu machen, klingt für mich in der Tat nach antikommunistischer Propaganda.



(1) Le Monde, 6 et 16/5/1986. (2) Le Monde, 22/5/1986. (3) TAZ, 31.5. und 2.6.1986. (4) Le Monde, 16/9/1983. (5) Zitiert nach Publik-Forum, Nr.11, 23.5.1986, S.2. (6) Vgl. "forum", Nr.86, S.3ff über die ARBED in Brasilien.



## Die wahre Systemfrage

Allerdings – und hier liegt dann doch ein absolut wesentlicher Unterschied im politischen System – im Westen hat öffentlicher Druck gewisse Sicherheitsmaßnahmen durchsetzen können. Unternehmen, denen das dann zu teuer wurde, sind eben in die Dritte Welt ausgewandert, wo das Menschenleben noch weniger wert ist! (6) In der Sowjetunion war solcher politischer Druck bislang nicht möglich.

Hier scheint mir die wahre Systemfrage in Bezug auf Tschernobyl zu liegen. In der Information der Bevölkerung kann man keinen besonders großen Systemunterschied feststellen.

Auch bei uns werden Informationen unterschlagen, um Bürgerprotest zu verhindern. Weder die CASA-Leitung noch das Gesundheitsministerium sind von sich aus auf die Idee gekommen, die Anwohner vor dem ausgestoßenen giftigen Staub zu warnen! Und Reinigungsfilter einzubauen, sträuben sie sich bis heute: Profit, Rentabilität haben Vorrang vor dem Leben der Arbeiter, vor dem Leben der Kinder in der Nachbarschaft. Wie kann ein LZ sich da noch wundern, daß so viele Menschen mit den absonderlichsten Fragen am Tag nach Tschernobyl in seiner Redaktion anriefen (LW, 16.5.86). Den Nagel auf den Kopf trifft er, wenn er schreibt: "Bezeichnend ist vor allem die Weigerung, den beruhigenden Erklärungen von Politikern Glauben zu schenken"! Daß er, seine Redaktion, seine Partei, seine Freunde in der Regierung dafür mitschuldig sind, kommt ihm allerdings nicht in den Sinn. Er sucht die Ursache im (deutschen) Katastrophenjournalismus, in einem metaphysischen Hang vieler Menschen zum Pessimismus, ... Daß die Glaubwürdigkeit der meisten Politiker im Westen genauso hin ist wie im Osten, hat er noch nicht gemerkt, trotz der "grünen" Wahlerfolge. Selbst ein Mitarbeiter seines eigenen Verlagshauses hat – allerdings in einer verlagsfremden Zeitschrift, im "Kéisécker" Nr.2/86 – sehr anschaulich aufgezeigt, wie kopflos und verwirrend die Luxemburger Behörden über die vom radioaktiven Niederschlag ausgehenden Gefahren für die Bevölkerung informiert haben. Haben Energieminister M. Schlechter und Gesundheitsminister B. Berg sich nicht innerhalb einer Woche diametral widersprochen in dieser Sache (vgl. "forum" Nr.88, S.2)? ganz zu schweigen von den offenkundigen Diskrepanzen zwischen Armeeminister M. Fischbach und Justizminister R. Krieps in Sachen Luxemburger Souveränität?

Anstatt den Anti-Kommunismus zu schüren, sollten unsere systemkonformen Journalisten einmal eine andere Systemfrage stellen, die Frage nach der Information des Bürgers in unserem Lande.

m.p.